

Sitzungsvorlage

für den **Haupt- und Finanzausschuss**

Datum: 28.04.2016

TOP: 1 öffentlich

Betr.: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2014
hier: Organisationsgutachten Verwaltung

Bezug:

Höhe der tatsächl./voraussichtlichen **Kosten:**

Finanzierung durch Mittel bei der HHSt.:
Über-/außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von Euro:
Finanzierungs-/Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag: Beschlussvorschlag für den Rat:

Für die im Ausschuss festgelegte Vorgehensweise sollen entsprechende Angebote von der Verwaltung eingeholt werden.

Sachverhalt:

In der Vergangenheit ist das Thema Organisationsgutachten für die Stadtverwaltung Billerbeck ausführlich diskutiert worden. Mehrere externe Anbieter solcher Gutachten haben unterschiedliche Vorgehensweisen vorgeschlagen und ihre Preisvorstellungen unterbreitet. In 2015 hat sich der Rat angesichts der anstehenden Bürgermeisterwahlen vertagt, um sich im Frühjahr 2016 erneut mit dem Thema zu beschäftigen. Während der Haushaltsplanberatungen wurde bereits angesprochen, dass in diesem Jahr angesichts der Vielzahl von Projekten (z.B. Innenstadtumbau), aber auch vor allem wegen der Zuwanderung der Flüchtlinge und der damit verbundenen Aufgaben in allen Fachbereichen möglicherweise auf eine Organisationsuntersuchung in 2016 verzichtet werden sollte. Man kam schließlich überein, für 2016 noch 25.000,00 Euro in den Haushaltsplan einzustellen und noch einmal das Thema zu diskutieren.

Verwaltungsseitig wird die Meinung vertreten, dass in 2016 keine weiteren umfangreichen Aufgaben mehr von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet werden

können. Gleichzeitig wird begrüßt, dass ein Haushaltsansatz zur Verfügung steht. So besteht die Möglichkeit, bestimmte Aufgabenstellungen, die gelöst werden müssen, weil sie den organisatorischen Ablauf erschweren, mit externer Hilfe zu untersuchen.

Angesichts der Diskussionen in der jüngsten Vergangenheit und den von der Politik kritisierten Kommunikationsdefiziten schlagen wir daher vor, als ersten Baustein die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung näher zu betrachten. Ziel sollte sein, dass die Informationsaufbereitung so gelingt, dass ein zügiger Entscheidungsablauf gewährleistet wird. So können Mehr- und Doppelarbeiten in den Fachbereichen vermieden werden. So ist ein zielgerichteter Einsatz der begrenzten Zeitressourcen besser möglich.

Zur weiteren Vorgehensweise: Wir würden bei einem positiven Beschluss Angebote der Anbieter KGSt und Kommunalberatung, GPA, Heimann Consulting einholen und das Ergebnis dem Haupt- und Finanzausschuss zur Vergabe vorstellen.

I.A.

Hubertus Messing
Fachbereichsleiter

Marion Dirks
Bürgermeisterin